

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei  
im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug

Stadtkanzlei  
Stadt Zug  
Postfach  
6301 Zug

7. September 1999

### **SVP-Motion „Keine unsinnigen Wohnungsquoten mehr“**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herrn

Die Fraktion SVP beantragt:

1. Der Stadtrat wird beauftragt bis zum 31. März 2000 dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Bau- und Planungsordnung der Stadt Zug dahingehend abändert, dass uneingeschränkt auf dem ganzen Stadtgebiet entlang Verkehrsachsen und -knotenpunkten mit Emmissionen sowie entlang von Industrie- und Gewerbegebieten mit Ernmissionen, die Wohnungsanteilsquote ersatzlos aufhebt und in den betroffenen Liegenschaften 100% Büro- und Gewerbefläche zugelassen ist.
2. Die Vorlage hat zudem eine Ausnahmeregelung vorzusehen, die in begründeten Fällen auch 100% Büro- und Gewerbefläche ohne den Nachweis der Emmissionen zulässt, bspw. wenn sich keine Mieter für die Wohnung zu Marktpreisen finden lassen oder wenn mit Wohnungen keine genügende Rendite erwirtschaftet werden kann.

**Begründung der Motion:**

Der Stadtrat legte dem Grossen Gemeinderat eine Kreditvorlage für das Bahnhofprojekt vor. Dieses Bahnhofprojekt, für welches sich der Stadtrat engagiert, beinhaltet neben den Bauanteilen für die öffentliche Infrastruktur, einen Bürokomplex ohne Wohnanteil, der privatrechtlich weitervermietet werden soll.

Andere Bürgerinnen und Bürger mit Liegenschaften in der Stadt Zug sind auf Grund der Bestimmung über den Mindestwohnanteil gezwungen massive Anteile der anrechenbaren Geschossfläche als Wohnung statt als Büro- und Gewerbefläche zu vermieten, obwohl wegen der schlechten Wohnqualität häufig niemand in diesen Räumen Leben will. Dieser Umstand ist umso stossender als diese Gebäude vielfach in der mit öffentlichen Verkehrsmittel gut erschlossenen Innenstadt liegen und als Büro- und Gewerbegebäude ideal wären.

Es wäre planerisch nicht sinnvoll im vorgesehenen Bahnhofgebäude den Wohnanteil durchsetzen zu wollen. Hingegen ist es in vielen Liegenschaften in der Stadt Zug ebenfalls nicht sinnvoll, den Wohnanteil durchzusetzen. Dem Leitgedanken des Bahnhofprojekts folgend verlangt nun die SVP Fraktion, dass alle Liegenschaftseigentümer gleichbehandelt werden und gleiche Marktchancen wie die SBB erhalten.

Die jetzige Ausgestaltung und Anwendung der Wohnanteilsregelung nimmt auf die Befindlichkeit der Menschen keine Rücksicht und verlangt die Durchsetzung eines dogmatischen Ideals ohne Realitätsbezug. Diese rigide Haltung ist zu Gunsten einer pragmatischen Ausgestaltung der normativen Ordnung aufzugeben.

v

Namens und im Auftrag der SVP Fraktion

sig. Daniel Staffelbach.